

Positionspapier von Dr. Wiebke Esdar, Oliver Kaczmarek und Johann Saathoff
Vorsitzende der Landesgruppen Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen/Bremen
anlässlich der gemeinsamen Klausurtagung beider Landesgruppen
am 27./28. April 2026 in Bielefeld

Zusammen - als Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit

Die Koalition von SPD und CDU/CSU steht vor den wichtigsten Entscheidungen bei Gesundheit, Haushalt, Steuern und Renten in ihrer bisherigen Amtszeit. Die SPD ist die Partei der Arbeit, der sozialen Gerechtigkeit und des Friedens. In diesem Sinne wollen wir die anstehenden Reformen angehen. Wir wollen Reformen, die zur sozialen Gerechtigkeit und zum Frieden beitragen und damit den Menschen nützen und deshalb gelingen müssen.

Gerechtigkeit und Modernisierung sind die Leitgedanken, um die vor uns liegenden Herausforderungen anzugehen. Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihren Familien machen wir uns stark. Der Wohlstand in unserem Land muss endlich gerecht verteilt werden. Das heißt, wir brauchen Entlastungen dort, wo das Leben für Menschen mit mittlerem Einkommen schwerer geworden ist. Unser Ziel ist es, 95% der Lohnsteuerpflichtigen zu entlasten und einen stärkeren Beitrag der reichsten 5% einzufordern.

Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer lehnen wir ab. Es geht vielmehr darum, Steuerprivilegien bei Multimillionenvermögen und Millionenerbschaften abzubauen. Der Steuerhinterziehung muss der Kampf angesagt werden.

Unsere Sozialsysteme benötigen strukturelle Reformen, aber statt steigender Beiträge oder Leistungskürzungen setzen wir auf strukturelle Reformen für mehr Effizienz, besseren Zugang und gerechte Versorgung. Ebenso werden wir Bürokratie und ineffiziente oder klimaschädliche Subventionen abbauen und die Verwaltung digitalisieren.

Wir wollen für neues Wachstum sorgen, damit Deutschland wirtschaftlich stärker und unabhängiger wird. Unsere globale Wettbewerbsfähigkeit werden wir nicht stärken, indem wir die niedrigsten Löhne zahlen, sondern indem wir die innovativsten und besten Produkte und Dienstleistung anbieten. Technologie steigert unsere Produktivität und klimafreundliche Innovationen werden günstiger sein als fossile Abhängigkeiten auf volatilen Weltmärkten.

Das Sondervermögen sorgt dabei für eine dauerhaft hohe Investitionsquote in moderne Infrastruktur als Voraussetzung für die Innovation unserer wirtschaftlichen Grundlagen.

Arbeitsplätze sichern, Weichen für den Wohlstand von morgen stellen

Die größte Herausforderung für Deutschland ist die Sicherung von Arbeitsplätzen und Wohlstand in einer Zeit dramatischer wirtschaftlicher und außenpolitischer Umbrüche. Dazu müssen wir die Investitionsbedingungen weiter verbessern. Die Billigung des Industriestrompreises durch die Europäische Kommission ist ein Erfolg der Klarheit und Hartnäckigkeit der SPD in der Regierung, auch gegen Widerstände. Wir erwarten einen konsequenten Einsatz für die Energiewende, damit in Deutschland industrielle Arbeitsplätze langfristig zukunftsfähig bleiben. Fossile Abhängigkeiten erweisen sich als immer stärker als zu unsicher und teuer. Erneuerbare Energien machen unser Land unabhängig von den Krisenherden der Welt. Einen Wiedereinstieg in Atomenergie, egal in welcher Form, lehnen wir ab.

Vor dem 1. Mai sagen wir klar: wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz, wir stärken Tarifbindung und Mitbestimmung, wir kämpfen für gerechte Verteilung unseres Wohlstands – und der 1. Mai als Feiertag ist für uns unverhandelbar! Wenn man über die Abschaffung von Feiertagen nachdenkt, sollte man zunächst in den Bundesländern Feiertage abschaffen, in denen es mehr davon gibt, als in anderen Bundesländern – auch um ein Stück Gerechtigkeit in der Feiertagsverteilung zu erzielen.

Zentral ist eine starke Binnennachfrage. Deswegen soll die Lohnsteuer so reformiert werden, dass besonders diejenigen, die jeden Tag zur Arbeit gehen, um unser Land am Laufen zu halten, deutlich mehr in der Tasche haben. Das Steuerkonzept der Union ist dahingehend eine Nebelkerze, weil hohe Einkommen viel stärker begünstigt werden als mittlere. Das kann nicht funktionieren und ist schlecht für den Zusammenhalt im Land. Wer sehr viel verdient oder ein sehr großes Vermögen hat, muss mehr beitragen, damit wir wichtige Zukunftsinvestitionen zum Wohle aller tätigen können.

Langfristig werden wir unseren Wohlstand nur erhalten können, wenn sich unsere Gesellschaft und Unternehmen in den entscheidenden technologischen Zukunftsbereichen stark aufstellen. Deutschlands Wirtschaft braucht einen Innovationsschub auf den Schlüsselfeldern des zukünftigen und nachhaltigen Wachstums. Dazu setzen wir den Investitionspfad zur Modernisierung der Infrastruktur fort, den wir mit den Sondervermögen begonnen haben.

Dafür setzen wir konsequent auf die Zukunftsfelder innovativer und nachhaltiger Wertschöpfung. Deutschlands Voraussetzungen dafür sind gut: eine innovative Wirtschaft in Industrie und Mittelstand, qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und eine international anerkannte Forschung, deren Erkenntnisse wir zukünftig schneller als andere in anwendbare Produkte und Dienstleistungen bringen wollen.

Investitionen in Innovationen sollen sich zukünftig stärker auch an volkswirtschaftlichen Potenzialen und einer schnelleren Umsetzung orientieren. Der Deutschlandfonds soll dafür sorgen, dass privates Kapital mobilisiert wird, um neue Unternehmen den Eintritt in den europäischen Markt zu eröffnen. Wir wollen nicht, dass neue Unternehmen mit guten Ideen aus Deutschland in die USA auswandern, weil hier das Kapital für den Scale-Up fehlt. Wir haben große Potenziale in Biotechnologie, Gesundheitswirtschaft, der Mobilität der Zukunft und modernster nachhaltiger Energieproduktion. Neues Computing auf Quantenniveau und die Fertigung von Mikroelektronik soll in Deutschland stattfinden. Wenn es uns gelingt, industrielle Produktion und künstliche Intelligenz klug miteinander zu verbinden, heben wir enormes Wachstumspotential. Unternehmen die KI einführen, sollen steuerlich entlastet werden, wenn sie ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter behalten.

Gesundheit und Rente im Fokus: keine übermäßigen Belastungen der Versicherten!

Die SPD steht für eine hochwertige gesundheitliche Versorgung ein. Gleichzeitig müssen wir die Belastungen für die Versicherten mehr denn je im Blick behalten. In den vergangenen Jahren sind allerdings die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit gestiegenen Beiträgen und Zusatzbeiträgen in Vorleistung für eine gute Gesundheitsversorgung gegangen. Jetzt müssen wir die im europäischen Vergleich sehr hohen Ausgaben betrachten und eine gerechte Verteilung der Lasten herstellen. Leistungserbringer, Krankenkassen und Bezieherinnen und Bezieher hoher und höchster Einkommen sind jetzt gefragt ihren Beitrag zu leisten, das schließt für uns insbesondere sehr große Vermögen ein.

Die bisherigen Vorschläge zur zukünftigen Finanzierung der Gesundheitsversorgung belasten die Versicherten stärker als von der Expertenkommission vorgeschlagen. Wir wollen nicht, dass Beitragszahlerinnen und Beitragszahler von hohen Beiträgen in die private Versicherung ausweichen. Ein solidarisches System kann nur gelingen, wenn starke Schultern ihren Beitrag leisten. Besonders Familien müssen entlastet werden, denn alle, die in Familien füreinander sorgen, erbringen eine wichtige Leistung, die viel zu gering entlohnt wird. Deshalb ist für uns unverhandelbar: Die Familienmitversicherung muss bleiben!

Es muss klar sein, dass Rente eine Versicherungsleistung ist, auf die sich in Deutschland die Menschen verlassen können, wie sie es seit Jahrzehnten konnten. Sie muss zum Leben reichen. Gleichzeitig wollen wir private Vorsorge stärken auch für alle, die nur kleine Beträge sparen können. Das Riester-System haben wir deshalb so reformiert, dass Sparerinnen und Sparer deutlich mehr davon haben. Jetzt kommt es darauf an, auch die betriebliche Altersvorsorge effektiv zu stärken. So werden wir dafür sorgen, dass es eine sichere Altersversorgung für die Menschen, die jahrzehntelang mit ihrer Arbeit unseren Wohlstand gesichert haben, geben wird.

Internationale Solidarität

Die SPD ist zu Recht stolz auf ihre demokratische Historie und ihr unmissverständliches Bekenntnis als Friedenspartei. Um diesem Selbstverständnis gerecht zu werden, braucht es neben der entschlossenen Stärkung der Verteidigungs- und Einsatzbereitschaft der Bundeswehr eine starke Entwicklungspolitik eine starke Entwicklungspolitik. Nur mit einer starken Entwicklungszusammenarbeit gelingt uns eine Politik, die Brücken in eine bessere Zukunft baut. Nur mit internationaler Zusammenarbeit gelingt uns eine gerechte Zukunft mit mehr Nachhaltigkeit und mehr Gleichberechtigung.

Der Wert der Entwicklungspolitik wird heute gleichzeitig so stark wie nie zuvor in Frage gestellt, global und auch bei uns in Deutschland. Das beginnt mit Desinformationskampagnen im Netz und spiegelt sich in dramatischen Budgetkürzungen wider. Weltweit sinken die Budgets für multilaterale Organisationen und Portfolien der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit. Die verheerenden Folgen des Rückzugs der USA aus der internationalen Zusammenarbeit werden immer deutlicher.

Wir bekennen uns klar zu den Zielen der Entwicklungspolitik und ihrer Bedeutung in den Zeiten globaler Umbrüche. Statt weiterer Kürzungen, müssen wir unserer internationalen Verantwortung gerecht werden und den gesellschaftlichen Konsens über die unverzichtbare Rolle internationaler partnerschaftlicher Zusammenarbeit wieder stärken.